



Foto: photothek.net/Thomas Imo



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 2. November 2017

72. Jahrgang/Nr. 255

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Zwischen zwei Übeln gewählt

Tomas Morgenstern über das Aus der Kreisreform in Brandenburg

Das war fünf Minuten vor der Angst: Am 15. November hätte sich die rot-rote Mehrheit im Landtag womöglich die Karten gelegt, wenn ihr Gesetzbündel zur Kreisreform keine klare – oder gar keine – Mehrheit bekommen hätte. Dann wäre es verdammt eng für die Koalition geworden. Zu heftig war der Widerstand aus Kommunen, kreisfreien Städten und Landkreisen, zu unsicher das Stimmverhalten der eigenen Genossen. Insofern folgte das, was SPD-Ministerpräsident Dietmar Woidke (und mit ihm Christian Görke von der LINKEN) jetzt tat, dem einzig verbliebenen richtigen Schluss: Rettung durch Griff zur Notbremse.

Der Regierungschef führte als Grund die zunehmende Polarisierung im Streit um die weithin ungeliebte Reform, die der Gesellschaft drohende Spaltung an. Und Innenminister Karl-Heinz Schröter, ein Verfechter des Projekts, räumte widerwillig ein: »Der Preis aber, hierfür den inneren Zusammenhalt im Land zu gefährden, erscheint auch mir zu hoch.«

Dabei hätte wenigstens SPD-Mann Schröter, viele Jahre Landrat im Oberhavel-Kreis und gut vernetzt, wissen müssen, dass die meisten Brandenburger die Kreisreform ablehnen. Allem objektiven Nutzen zum Trotz. Weil sie für sich keine Vorteile darin erkennen, sehr wohl aber Nachteile. Und weil gerade die Koalitionspartner all die Sorgen und Einwände nicht ernst nahmen. Da war doch mal was bei Marx: Auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift ... Ja, aber eben erst dann.

UNTEN LINKS

Das Besondere des gestrigen Tages bot sich in Form einer nüchternen Mitteilung: »Seit 1994 findet jedes Jahr am 1. November der Weltvegantag statt. Er wurde zum fünfzigsten Jahrestag der Gründung der Vegan Society ins Leben gerufen. Weltweit feiern Veganer jährlich diesen Tag und führen Aktionen durch, um auf die vegane Lebensweise hinzuweisen.« Aha! Ein Aktionstag also. Sprachlich eine Zumutung, die vermuten lässt, dass der Sache der Veganer damit ein Bärendienst erwiesen war. Wer Aktionen durchführt, frisst auch kleine Kinder. Aber sei's drum. Die Idee glich alles Manko aus. Die Veganer, die der Überzeugung sind, dass sie gesünder leben als andere und dank ihres Lebensstils auch in besonderer Weise ihre sexuellen Fähigkeiten schulen, riefen alle Nichtveganer an diesem speziellen Tag zum Ausprobieren auf. Einmal alle Regeln des Veganertums befolgen und dann im Selbstversuch zum hemmungslosen Sex schreiten. Vermutlich fleischlos ... uka

Die Quadratur der Kreise

Brandenburg stoppt das zentrale rot-rote Projekt – auch in Thüringen läuft es nicht



Foto: dpa/Martin Schutt [M]

Potsdam. In Brandenburg ist die geplante Kreisreform gescheitert. Wenige Tage vor der Abstimmung im Landtag hat Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) am Mittwoch das umstrittene Vorhaben gestoppt. Zuvor hatte sich der Regierungschef mit seinem Koalitionspartner von der LINKEN, seinem Stellvertreter und Finanzminister Christian Görke, darauf verständigt, »die Verwaltungsstrukturreform in der bisherigen Form nicht durchzuführen«. Mit dem Schritt beendete Woidke das zentrale Reformvorhaben der rot-roten Landesregierung. Hintergrund der Entscheidung ist der unvermindert anhaltende

Widerstand vor allem auf kommunaler Ebene und die wachsende Ablehnung des Gesetzesvorhabens bis hinein in die Reihen der Koalitionsparteien. Die Reform sah vor, die Zahl der Landkreise wegen der negativen Bevölkerungsprognosen von derzeit 14 auf elf zu reduzieren, mit Ausnahme von Potsdam sollten drei der vier kreisfreien Städte mit benachbarten Landkreisen fusioniert werden.

Die Absage folge »aus Verantwortung für dieses Land«, sagte Woidke. »Wir sind gut beraten, das Land zusammenzuhalten und stehen vor riesengroßen Herausforderungen.« In einer Erklärung des Ministerpräsidenten heißt

es: »Wir können den erbitterten Streit und die eingetretene Polarisierung nicht ignorieren. Der Konflikt droht die Bevölkerung und die politisch aktiven Teile der Brandenburger Gesellschaft, darunter viele ehrenamtlich engagierte Frauen und Männer, zu spalten.« Als erste personelle Konsequenz gilt der Rücktritt von SPD-Generalsekretärin Klara Geywitz.

Auf Ablehnung durch viele Kommunen trifft auch die von Rot-Rot-Grün in Thüringen trotz hauchdünner Landtagsmehrheit vorangetriebene Gebietsreform. Im August trat in diesem Zusammenhang Innenminister Holger Poppenhäger (SPD) zurück. tm Seite 12

Trump will Green-Card-Verlosung abschaffen

US-Präsident reagiert auf Terroranschlag in New York, der acht Todesopfer forderte

US-Präsident Donald Trump erwägt, den Attentäter von Manhattan im umstrittenen Gefangenenlager Guantanamo auf Kuba einsperren zu lassen.

Von Olaf Standke

Nach und nach wurden am Mittwoch weitere Einzelheiten über jenen Mann bekannt, der am Abend zuvor bei einem Terroranschlag in New York acht Menschen getötet sowie elf verletzt und so das vor allem bei Kindern beliebte Grusel- fest Halloween zum echten Albtraum gemacht hatte. Der Attentäter war mit einem Pick-up-Truck auf einen Fußgänger- und Fahrradweg im Südwesten Manhattans und dann in einen Schulbus gerast und hatte mehrere Menschen gnadenlos überfahren. Nach Angaben von Gouverneur Andrew Cuomo soll sich Sayfullo Saipov, der 2010 aus Usbekistan in die Vereinigten Staaten einwanderte und in Florida und Ohio lebte, erst

in den USA islamistisch radikalisiert haben. Laut Medien bekann- te sich der 29-Jährige in einer un- weit seines gemieteten Kleinlas- ters gefundenen Botschaft zur Ter- rormiliz Islamischer Staat.

Zuletzt soll sich der Mann im Bundesstaat New Jersey aufge- halten haben. Ein anderer usbe- kischer Einwanderer sagte der »New York Times«, er habe als Lkw-Fahrer und für den Fahr- dienstvermittler Uber gearbeitet. Nach Recherchen der Zeitung leb- te Saipov in Paterson, etwa 40 Ki- lometer von Manhattan entfernt. Bis zu 30 000 der 150 000 Ein- wohner dort sollen Muslime sein. Nach ersten Erkenntnissen habe Saipov den Anschlag wochenlang geplant, sagte Polizeisprecher John Miller am Mittwoch. Doch sei er den Behörden nicht aufgefal- len. Weder das FBI noch die New Yorker Polizei hätten je gegen ihn ermittelt. Nach seiner Amokfahrt schossen Polizisten den Mann an; er wurde verhaftet und inzwi-

schien nach einer Operation im Krankenhaus verhört.

Es scheine so, als habe der At- tentäter die »IS-Anleitungen fast auf den Punkt genau befolgt«, so Miller. Die Terrormiliz hatte wie- derholt aufgerufen, »Ungläubige«

»NICHT IN DEN USA!«

Präsident Donald Trump auf Twitter

mit Fahrzeugen zu töten. Für US-Präsident Donald Trump war der Anschlag eine Steilvorlage. »NICHT IN DEN USA!«, schrieb er auf Twitter. »Politisch korrekt zu sein, ist in Ordnung, aber nicht dafür!« Er habe das Heimat- schutzministerium angewiesen, »unser schon jetzt extremes Pro- gramme für Sicherheitsüberprü- fungen zu intensivieren«. Drei Mal ist Trump mit Einreiseverboten

vor Gericht gescheitert, wobei Us- bekistan bislang gar nicht betrof- fen war. Am Montag legte Trump nach und kündigte die Abschaf- fung der »Green-Card-Lotterie« an, mit der jährlich bis zu 50 000 Ausländer permanenten Aufen- thaltsstatus mit Arbeitserlaubnis erhalten – wie der Terrorist. Die- ser 1990 vom demokratischen Sen- ator Chuck Schumer eingeführte »Wahnsinn« müsse gestoppt wer- den. Den Attentäter will er am liebsten im umstrittenen Gefan- genenlager Guantanamo einsper- ren lassen.

Wie Kanzlerin Angela Merkel erklärte, stehe Deutschland im Kampf gegen den Terrorismus fest an der Seite der USA. Dabei ver- traue sie auf die »Überzeugungs- kraft unserer freiheitlichen Wer- te«. Viele New Yorker folgten dem Aufruf ihres Bürgermeisters, sich das Leben nicht von anderen be- stimmen zu lassen, und machten sich zu Halloween-Umzügen auf. Seiten 4 und 5

Alle sieben Minuten stirbt ein Kind durch Gewalt

UNICEF prangert aggressive Handlungen gegen Minderjährige an

New York. Die Vereinten Nationen haben die weltweit verbreitete Gewalt gegen Kinder angeprangert. Hunderte Millionen Mädchen und Jungen seien Opfer brutaler Übergriffe und sexueller Attacken, erklärte das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) am Mittwoch in New York.

Nach UNICEF-Angaben stirbt im Durch- schnitt alle sieben Minuten ein Minderjäh- riger durch Gewalt. Rund 300 Millionen der Zwei- bis Vierjährigen müssten körperliche Züchtigungen durch ihre Erziehungsbere- chtigten erdulden. Selbst Kinder im Alter bis zu einem Jahr würden physisch bestraft.

Zudem seien 15 Millionen Mädchen im Al- ter von 15 bis 19 Jahren vergewaltigt wor- den oder hätten andere Formen sexueller Ge- walt über sich ergehen lassen müssen. Das Kinderhilfswerk verlangte nationale Aktions- pläne, um die Gewalt zu beenden. So müs- ten Beratungsstellen für Betroffene geschaf- fen werden. epd/nd

Russland: Alle Syrer an einen Tisch

Unterstützung von Iran und Türkei

Astana. Russland dringt auf einen Kongress aller Volks- und Religionsgruppen Syriens, um über eine Nachkriegsverfassung zu be- raten. 33 Organisationen, darunter drei kurdische Parteien, seien zu einem Treffen am 18. November in Sotschi eingeladen. Das teilte das russische Außenministerium am Dienstag in Moskau mit, während in der kasachischen Hauptstadt Astana die siebte Runde der dortigen Syriengespräche zu En- de ging. Iran und die Türkei sagten in der Schlusserklärung von Astana zu, die neue russische Initiative zu unterstützen.

Syrische Exilgruppen stellten sich noch am Mittwoch dagegen. Das vorgeschlagene Tref- fen, so Oppositionsvertreter Jehia al-Arabi gegenüber dpa, »das von Besatzern organi- siert wird«, solle nur »das aktuelle kriminelle Regime an der Macht halten«.

Dagegen schlossen sich syrische Regie- rungsvertreter dem russischen Vorschlag an. Moskau hat vor allem Gruppen der unbe- waffneten Opposition in Syrien und im Aus- land eingeladen. Auf der Liste steht auch die syrische Kurdenpartei. dpa/nd Seite 7

Niedersachsen wird rot-schwarz

CDU und SPD vereinbaren Koalitionsverhandlungen

Hannover. Eine Große Koalition aus SPD und CDU in Niedersachsen dürfte sicher sein. Nach einem mehrstündigen Sondierungsge- spräch haben sich Delegationen beider Par- teien am Mittwoch darauf geeinigt, nun in regu- läre Koalitionsverhandlungen einzutreten. Es gebe »eine hinreichend breite Basis« da- zu, konstatierte Ministerpräsident Stephan Weil (SPD). Noch im laufenden Monat solle die neue Regierung gebildet werden, sagte der CDU-Landesvorsitzende Bernd Althus- mann. Voraussichtlich wird das am 14. No- vember geschehen, wenn der Landtag zu sei- ner konstituierenden Sitzung zusammen- kommt. Weil wird weiter Regierungschef des zweitgrößten Bundeslandes sein, welche Po- sition Althusmann einnehmen wird und auch, wer welchen Ministerposten bekommt, all dies ist noch offen.

Über die Aufnahme von Koalitionsgesprä- chen sollten am Abend formell noch die Lan- desvorstände beider Parteien entscheiden. In Niedersachsen war vor dreieinhalb Wochen ein neuer Landtag gewählt worden. haju

